

AGBSW – Arbeit und Gewerkschaft beim BSW – unterstützt solidarisch die Kundgebung vor dem Berliner Abgeordnetenhaus am 18.12., zu der ver.di, GEW, GdP und IG BAU aufrufen.

AGBSW
BERLIN

NEIN zum Kaputtsparen des Berliner Senats! JA zur Reallohnsicherung der Beschäftigten!

Am 18. Dezember ...

... soll im Berliner Abgeordnetenhaus der Doppelhaushalt für 2026/2027 verabschiedet werden: erneut mit massiven Kürzungen auf Kosten der Beschäftigten und der Bevölkerung Berlins,

... sind die Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst und in Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge zu einem ersten Warnstreik in der Tarifrunde der Länder (TdL) aufgerufen

... und in den kommenden Tagen und Wochen bereiten sich auch die Kolleginnen und Kollegen der ausgegründeten Tochterfirmen von Vivantes auf ihren Tarifikampf für 100% TVöD vor. Mit den Beschäftigten der Charité Facility Management (CFM) eint sie der Wille, dass der Senat sein Versprechen der Rückführung in Vivantes bzw. Charité endlich umsetzt.

Wir rufen die Mitglieder, Unterstützer und Sympathisanten des BSW, die gewerkschaftlich aktiven Kolleginnen und Kollegen, die Berliner Bevölkerung auf:

- **Kommt zur Kundgebung am Donnerstag, 18. Dezember**
- **Ab 8:00 Uhr (8:30 Uhr Start der Kundgebung)**
- **vor das Berliner Abgeordnetenhaus, Niederkirchnerstr. 5**

Die Arbeitgeber nennen die Tarifforderungen „astronomisch“. Sagen wir dazu: NEIN!

Kanzler Merz hält den Sozialstaat für „nicht mehr finanzierbar“.

Sagen wir dazu: Milliarden für den Sozialstaat statt für die Rüstungskonzerne!

**Bündnis
Sahra
Wagenknecht**

**Kommunen im
Absturz.
Aber Milliarden
für Waffen.**

NICHT MIT UNS!

BSW.
Weil es um Euch geht!

bsw-vg.de

Mehr erfahren

Der Kampf für Reallohnsicherung und inflationssichere Tarifverträge und der Kampf gegen den Kürzungshaushalt bilden eine Einheit.

Das AGBSW sagt aber auch: Man kann den Sozialstaat nicht verteidigen, ohne den Kampf gegen die Militarisierungspolitik der Regierung aufzunehmen. Man kann die Industriearbeitsplätze gegen das Kapital nicht verteidigen, ohne den Kampf gegen ihre Kriegspolitik zu führen. Und auch Reallohn und Tarifverträge können ohne diesen Kampf nicht verteidigt werden.

**Arbeit und Gewerkschaft beim BSW
= AGBSW**

Das AGBSW ruft Euch, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, Aktive in der Friedensbewegung, auf: Lasst uns eine politische Kraft für Frieden, für Arbeitsplätze und soziale Gerechtigkeit aufbauen.

AGBSW im Internet: agbsw.de

Kontakt: info@agbsw.de



Auf Initiative von aktiven Kolleginnen und Kollegen der Initiative Arbeit und Gewerkschaft beim BSW (AGBSW) hat das BSW Berlin auf der Landesmitgliederversammlung vom 23.11.2025 mit der Verabschiedung des folgenden Beschlusses Position ergriffen (ausführlicher Auszug):

Das BSW sagt Nein zum Kaputtsparen des Berliner Senats

»(...) Ob in Schulen, Krankenhäusern, Jugendämtern, Feuerwehren, Notdiensten, Seniorenheimen, in den sozialen Einrichtungen, in Kunst und Kultur: Überall fehlt Personal. In all diesen Bereichen werden die notwendigen Investitionen aufgeschoben oder nicht umgesetzt. Marode Straßen, zusammenbrechende Brücken, ausfallende S- und U-Bahnen sind das Symbol einer unsozialen und zerstörerischen „Sparpolitik“.

Wohnen ist für viele unbezahlbar, zu einem Luxusgut geworden. Bei immer mehr Menschen geht ein immer größerer Teil des Gehalts oder der Rente in die Miete. Die von der Bevölkerung im Volksentscheid 2021 verlangte Enteignung der Macht der großen Wohnungskonzerne (Vonovia, Deutsche Wohnen & Co.) hat der Berliner Senat ignoriert.

Armut und Obdachlosigkeit breiten sich aus. Jugend- und Sozialarbeit werden durch Kürzungen aufs Spiel gesetzt. Prekäre Arbeit zum Niedriglohn ist in Berlin weit verbreitet. Nach den Inflationsjahren steigt jetzt die Arbeitslosigkeit.

All das gehört zu den Bilanzen der Berliner Landesregierungen, egal in welchen Konstellationen sie in den letzten Jahrzehnten zusammengesetzt waren.

Deutschland soll schon bald 225 Milliarden Euro pro Jahr für Aufrüstung ausgeben, um das NATO-Ziel von 5% der Wirtschaftsleistung für den Rüstungshaushalt (d.h. nahezu die Hälfte des Bundeshaushaltes) zu erreichen. Panzer, Drohnen und andere Waffen dienen der Eskalation des Krieges in der Ukraine – aber in den Städten und Gemeinden türmen sich die Probleme; Milliarden fehlen für die soziale Infrastruktur.

Das BSW ist die einzige Partei, die den Zusammenhang zwischen Kriegsvorbereitung und leeren Landes- und Kommunalkassen zum Thema macht und an vorderster Stelle in den Wahlkampf für das Abgeordnetenhaus einbringen wird.

Wir brauchen in Berlin dringend die Abkehr von der Kaputtsparpolitik, die in den Landeshaushalten für 2025 und für 2026/2027 einen neuen Höhepunkt erreicht hat.

Das BSW Berlin verurteilt

- dass der Senat die Hochschulverträge Anfang 2025 einseitig gekündigt hat, was den Abbau von circa 15% der Studienplätze und von etwa 100 Professuren bedeuten wird;
- dass die Tarifverträge für einen großen Teil der Freien Träger zum ersten Mal seit 2012 nicht mehr vollständig refinanziert werden sollen;
- dass der Senat die im CDU/SPD-Koalitionsvertrag versprochene Rückführung der CFM und der Vivantes-Töchter, d.h. von ca. 6.000 Beschäftigten, verweigert;
- dass auf Betreiben des Senats der Streik der Beschäftigten der Kita-Eigenbetriebe für Entlastung und mehr Personal gerichtlich verboten wurde.



Seit über einem Jahr: Demos gegen die Kürzungspolitik vor dem Abgeordnetenhaus

tigten der Kita-Eigenbetriebe für Entlastung und mehr Personal gerichtlich verboten wurde.

Das sind nur einige Punkte, bei denen sich das BSW Berlin an die Seite der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften stellt, die eine Umkehr von dieser Politik verlangen.

Während der Senat wichtige Dienstleistungen kürzt und nötige Investitionen unterlässt, duldet er und beteiligt sich an der Kriegsertüchtigung der Bevölkerung:

- Bundeswehr und Berliner Senat bereiten mit Veranstaltungen die Beschäftigten in den Krankenhäusern auf den Kriegsfall vor.
- In den Schulen versucht die Bundeswehr (selbst minderjährige) Jugendliche anzuwerben, die lernen sollen zu töten und getötet zu werden.
- Infrastruktur und Zivilschutz werden auf ihre Kriegstüchtigkeit geprüft und ggf. umgestaltet.
- Der Automobilzulieferer Pierburg im Wedding will die zivile Produktion auf Artilleriegranaten für Rheinmetall umstellen.

Hiermit und den sozialen und kulturellen Kürzungen integriert sich der Berliner Senat in die Politik der Regierung Merz zur Kriegsvorbereitung. Auch die Berliner Bevölkerung wird die Kosten für den Weg in die Kriegswirtschaft tragen müssen.

Das BSW Berlin wird in den Abgeordnetenhauswahlen antreten. Wir stehen für:

- Milliarden für mehr Personal und Investitionen für ÖPNV, Gesundheitswesen, für Bildung, Klimaschutz und Infrastruktur.
- Rettung und Wiederherstellung des Sozialstaats! Ungebremste Milliarden für den Rüstungshaushalt ruinieren den Sozialstaat.
- Für die öffentliche Daseinsvorsorge brauchen wir die Aufhebung der Schuldenbremse, nicht für Kriegskredite!

Soziale Notwendigkeiten und die Forderungen der Arbeitnehmer, Rentner und Jugend, können nicht erfüllt werden, ohne die Kriegspolitik und Kriegsvorbereitung der Regierung Merz bundesweit und in Berlin zu bekämpfen.«